

Steuerpolitik und Frauenarbeit.

Die ungeheure Bedrückung und Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die neuen indirekten Steuern werden in erster Linie von den Konsumenten empfunden. Unsre Arbeiterfrauen müssen in Zukunft um so mehr rechnen, hier abknappen und dort sparen, wenngleich es überall ohnehin schon am Nötigsten mangelt. Abstriche am Nötigsten bedeuten aber Entbehrung, Verschlechterung der Lebenshaltung, der Ernährung, der Behausung, der Bekleidung und Verschlechterung und Einschränkung der geistigen Kost. Herabdrückung des gesamten Kulturniveaus der Arbeiterschaft. Verschlechterung der Lebenshaltung aber bedeutet auch gleichzeitig eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Erwachsenen und der Kinder.

Jede Mutter weiß, daß mangelnde, unzureichende Nahrung und Pflege die schlimmsten Gefahren für Leben und Gesundheit ihrer Kleinkinder sind. Diese Erkenntnis sowie die eingetretene verschärfte Notlage sind es, die deshalb so manche Arbeiterfrau zwingt zur Mitarbeit, zum Mitverdienen. Hatte schon die Krise die Zahl der weiblichen Arbeiter außerordentlich anschwellen lassen, so werden die neuen Reichsteuern, die Kaffee, Tee, Streichholzer, die Bier, Tabak, Glühlörper usw. ganz enorm verteuern und die ohnehin schwer drückende Last der indirekten Steuern noch unerträglicher machen, zweifellos in derselben Richtung wirken.

Hinzu kommt, daß die eingetretene enorme Versteuerung so vieler Gebrauchsmitte ihren Konsum in fast allen Arbeiter- und Kleinbürgersfamilien bedeutend einschränkt wird. Die weitere Folge ist Abnahme der Arbeitszeitgelegenheit für viele Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen in jenen Industriezweigen, die diese Gebrauchsartikel herstellen. Trifft der Verlust der Arbeitsgelegenheit Familienväter und bleibt ihr Vermögen um andere Arbeit erfolglos, so werden dadurch ehemals Frauen, die bisher nicht erwerbstätig waren, die sich ihren Mutter- und Hausfrauenpflichten widmen könnten, in die Erwerbsarbeit getrieben. Wir werden deshalb auch in der Zukunft mit einer weiteren, bedrängenden Steigerung der Frauenerwerbsarbeit zu rechnen haben. In den Jahren von 1895 bis 1907 stieg die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen von 5261393 auf 8243498 Personen; dabei sind die weiblichen Dienstboten noch nicht mitgezählt. Im Jahre 1895 bildeten die weiblichen Erwerbstätigen einschließlich der Dienenden 29,75 Prozent der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung, 1907 dagegen 33,79 Prozent, also eine gewaltige Zunahme. Nun haben wir gegen die Erwerbstätigkeit der Frau an sich sicher nichts einzuwenden, bildet sie doch die Voraussetzung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit und damit die Vorbedingung ihrer gerechtigen vollständigen Befreiung aus der Geschlechtsklaverei. Vollzieht sich jedoch die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit aus den eingangs geschilderten Ursachen, so bildet sie allerdings in doppelter Beziehung eine Gefahr für die Arbeiterschaft und ihren wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg. Freilich erwuchs sie aus der zunehmenden allgemeinen Notlage, der unerträglichen Steuerbedrückung, und sie bildet eine Illustration der Gemeingefährlichkeit und Schädlichkeit der Steuerpolitik, die aufrüttelnd auf die Massen wirkt, aber gerade die Arbeiterinnen, die von der Geisel der Not auf den Arbeitsmarkt getrieben werden, haben sich meistens um die Arbeiterbewegung bisher nicht oder wenig gekümmert.

Sie waren Hausfrauen, die, weil nicht erwerbstätig, so oft meinen, es gehe sie nichts an, wenn Versammlungen und Demonstrationen stattfinden, wenn Frauen und Mädchen sich organisierten, um überall als Kampfgenossinnen neben den Männern ihrer Klasse zu stehen. Von der Not in die Erwerbsarbeit getrieben, damit eine doppelte Bürde von Arbeit auf ihre Schultern lastet, sind dann diese indifferenten Frauen alles Solidaritätsempfindens bar und deshalb sehr leicht zu Lohnräubern zu gebrauchen, nicht aus Bosheit und Schlechtigkeit, sondern aus Unwissenheit.

Die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit infolge der widerständigen Steuerpolitik ist für uns alle deshalb eine ernste Mahnung, bei der Agitation unter den proletarischen Frauen die Hausfrauen nicht zu vernachlässigen. Werden sie dann durch die Not auf den Arbeitsmarkt geworfen, so haben sie den Gedanken der Solidarität bereits erfaßt und werden ihn im eigenen und im Familiinteresse ihrer Klasse betätigen. Wenn irgendeine Zeit günstig ist, die Agitation mit

Das ist meine Macht, Herr Gesandter, und es wäre unbedacht, sie zu unterschätzen. Und dazu sage ich: wenn einer ein Recht hat und hat auch die Macht, es festzuhalten, und er schaut aus Furcht oder Trägheit oder Unbeständigkeit davon ein Titelchen nur hinweg, so ist er ein anderer Mann und ein schlechterer zwar, als der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg."

Der Gesandte merkte, daß er es mit einem sehr hartnäckigen, schlauen und schier verzweifelten Menschen zu tun hatte und begann nunmehr eine Saite zu rütteln, die noch ein wenig gelingen könnte.

"Ew. Hochwürden," sagte er heiter lächelnd, "gehört, wie ich merke, zu den Leuten, die über alles in der Welt das lieben, was man mit einem tödlichen Worte die Freiheit nennt. Aber was ist das für ein Ding, diese Freiheit? Wollt Ihr eine wahre Freiheit genießen und die einzige zwar, so entschließe Ew. Hochwürden sich in Kürze, ein Strauhäuber zu werden. Denn solltet Ihr Euch in dieser Stellung irgend das Geringste erlauben von all den Freiheiten, die ein Räuber sich mit Freuden alle Tage verstattet, zu nehmen, was ihm gefällt, zu töten, den er haßt, und mit Gewalt zu sieben, wenn ein Weib seinen Augen anstellt: so würde Ew. Hochwürden unverzüglich von dem getreuen Untertanen entweder zum Teufel gejagt oder totgeschlagen werden. Also ist jeglicher Herr in Wahrheit der gehorsame Diener derer, die er seine Untertanen nennen. Wenn ich aber ein Diener sein muss, so will ich doch siebenmal lieber einem klugen, gerechten, berühmten und gewaltigen Fürsten dienen, als einem verworrenen Haufen ungehobelter Fischhändler. — Nun bin ich aber gewiß, mein Herr Kurfürst wird einen Mann, wie Ihr seid, trefflich gebrauchen können und wohl zu achten wissen. Also entschließt Euch: es ist schöner und würdiger, eines großen Staates tüchtiges Glied zu sein, als verrostet und einsam im Sande zu verrotten. Um

allem Nachdruck zu betreiben, so die gegenwärtige, wo auch unter den Hausfrauen die Empörung hoch lodert ob der neuen drückenden Steuerlast. An unsre Genossinnen richten wir deshalb die Mahnung:

Aufset die Zeit!

Aus der Partei.

Mein Urlaubbrief. Unter diesem Titel schreibt Genosse Kautsky dem Vorwärts: Einen Urlaubbrief nennt das Berliner Tageblatt ein Schreiben, von dem Bernstein in der gestrigen Generalversammlung von Groß-Berlin Mitteilung machte. Es ist der neueste Sette Wissen, den er unseren Gegnern hinwirkt und den sie gierig verschlingen.

Das Tageblatt berichtet darüber:

Es handelt sich um einen Brief, der hinter Bernstein hergeschickt wurde, als er in Paris einen Vortrag halten sollte. Dieser Brief war an Paul Lafargue gerichtet undührte nach Bernsteins Behauptung von keinem Geringeren her, als dem sozialdemokratischen Großinquisitor Karl Kautsky. Darin soll gestanden haben, daß Bernstein seine Rolle in Deutschland ausgespielt habe und sich nun im Auslande nach einem Posten umsehe.

Mit dieser „geheimen Denunziation“, sagt das Tageblatt hinzu, sei ich „in den Augen aller anständigen Menschen erledigt“.

Das ist der Eindruck, den die Bernsteinsche Mitteilung macht und wohl auch machen sollte. Was liegt ihr zugrunde? Ich muß gestehen, daß ich an der Seite, als Bernstein in Paris eine Versammlung abhalten sollte, einen Brief an Lafargue richtete. Eine Abschrift des Briefes bestreite ich nicht, und der Vorlaut der einzelnen Sätze ist mir nicht erinnerlich. Ich weiß nicht einmal mehr, in welcher Sprache er abgesetzt war.

Mit Bestimmtheit kann ich aber behaupten, daß es mir nie eingefallen ist zu schreiben, Bernstein sehe sich im Auslande nach einem Posten um. Ich kann nie auch nur die leiseste Andeutung dieses Gedankens gehabt haben, denn ich erfuhr von ihm zum erstenmal aus dem Berliner Tageblatt.

Dass Bernstein seine Rolle in Deutschland ausgespielt habe, mag ich in irgendwelcher Form gesagt haben. Aber in welchem Zusammenhang?

Ich erfuhr von der Versammlung, in der Bernstein sprechen sollte, außer von Lafargue. Dieser schrieb mir am 20. Januar davon und bat mich, dafür zu sorgen, daß Bernstein nicht der einzige Redner von deutscher Seite in der Versammlung sei, daß von Deutschland auch ein radikaler Genosse nach Paris käme, der in der gleichen Versammlung spreche. Das ist es wohl, was Bernstein unter der geistigen Anspurung verstand, mit der ihn die „Gneisenau“ bedrohten.

Mein „Urlaubbrief“ bildete die Antwort auf diesen Brief Lafargues. Ich teilte ihm mit, daß kaum jemand aus Deutschland von unserer Seite werde kommen können. Das sei aber nicht trocken zu nehmen. Daß Bernstein empfindet man kein Interesse mehr in Deutschland.

Diese Antwort auf Lafargues Mitteilung, diese Ablehnung, irgend etwas zu tun, was Bernstein unangenehm sein könnte, das ist es, was nach Bernstein-Wosschers Darstellung als ein hinter Bernstein hergeschickter Urlaubbrief erscheint, der mich „bei allen anständigen Menschen erledigt“.

Es ist unnötig, auch nur ein Wort weiter zu meiner Nachfrage zu verlieren. Aber ich glaube auch, daß es ebenso unnötig ist, ein Wort zu verlieren zur Brandmarke der Verächtigungen auf Grund von Klost über Privatbriefe, die er nicht gelesen hat und deren Entstehungsgechichte er nicht kennt, durch welche Verdächtigungen Bernstein leichtsinnig unseren Gegnern die Mittel lieferi, die Ehre seiner Genossen, ja seiner Partei zu beschädeln. Mit diesen gewissenlosen Verfahren gibt es nur eine Erhöhung: Überläuferwahn. K. Kautsky.

k. Der hessische Landesparteitag fand am Sonnabend und Sonntag in Darmstadt statt. Von Parteivorsitz nahmen Genosse Miller-Berlin und von der Landesorganisation Hessen-Nassau Genosse Randolph-Frankfurt a. M. an den Verhandlungen teil. Die hessische Landesorganisation hatte der Verhältniszeit unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden; der Markennachfrage galt von 997 400 im vorherigen Jahr auf 298 500 in diesem Jahr zurück. Der Mitgliederbestand beträgt 16 200. Im Geschäftsjahr wurde eine besonders intensive Organisationsarbeit geleistet, die mit Erfolg gekrönt war. Auch die Bildungswelle wurde größere Beachtung geschenkt und Leistung aufgeworfen, die die Grundlinien Bildung sollten für die Verwirklichung der Bildungsbefreiungen. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren bei einem Haushaltssaldo von 274,08 Mark mit 23 421,35 Mark; das Landeskantariat erforderte 3473,72 Mark Unterhaltsungsosten.

In der Debatte wurde an der Tätigkeit des Landeskantates Kritik geübt und der gedruckte Bericht als ungünstig bezeichnet. Das Landeskantariat müßte mehr Anerkennungen geben und die jeweiligen Verhältnisse agitatorisch geschärft ausrichten; auch für die Propaganda der Maifeier müßte mehr getan werden. Von mehreren Rednern wurden Anträge befürwortet, die verlangen, daß die Kosten für die Familienerhaltung der hessischen Parteischüler das Landeskantariat trägt. Ein ent-

Dienste Brandenburgs sollt Ihr gar bald einen Posten finden, da Ihr Eure Gaben herrlich entfalten möget."

„Ich nehme mir auch hierin Se. Durchlaucht den Herrn Kurfürsten, zum Muster,“ entgegnete der Prediger gelassen, „als welcher ein sonderbar Gesicht machen würde, so eines Tages ein Herr Abgesandter des Königs von Schweden oder Polen oder Frankreich käme und ihn ermahnte, sein kleines brandenburgisches Läubchen fahren zu lassen und lieber dafür ein vornehmer Rat oder Feldherr eines großmächtigen Reiches zu werden. Ei, er möchte solchen Gesandten bös absahnen lassen! Und so will auch ich dem Beispiel dieses mit Recht so hochbelobten Ulrichen folgen. Lieber klein sein und seine Art behalten, als groß werden und sie verlieren.“

„Ja, wenn Ihr Eure Art verlieren solltet,“ stell Herr von Luchtemar lebhaft ein, „wenn Ihr Pole werden solltet oder Schwede, so würde ich Euch begreifen und Eure Meinung ehren. Ja, selbst die Schwaben oben im Nalche und die Bayern und die Österreicher und die vom Rhein, wenn Ihr zu denen solltet, die möchten Euch vielleicht ein wenig noch fremd bedenken, denn sie sind anders geartet in mancherlei Dingen und im Sprechen nicht immer bekannt zu verstehen: Ihr Pommern aber, was habt Ihr für eine Art, die wir Brandenburger anders hätten? Es ist eine Sprache und ein Blut und ein Wesen. Vielmehr, Ihr werdet einen Stolpischen und Stettinischen Pommern noch leichter von einem Stralsunder unterscheiden können, als von einem Neumärker und Berliner. Folglich verlieret Ihr nichts von dem, was Euer ist; Ihr bleibt Pommern, auch wenn Ihr Brandenburger werdet.“

Der Prediger nickte. „Das hätte keine Gefahr,“ sagte er ruhig, „und wir würden mit Freuden zu Euch kommen und zu den Preußen, die auch von gleicher Art und Stämme sind, wenn Ihr ganz Pommern nähmet und zusammen behieltest, was zusammen gehört. Ihr aber zer-

sprechender Auftrag sandt Annahme. Ferner wurde beschlossen, Gemeindevertreter-Lehrkurse einzuführen.

Bei Beginn des zweiten Verhandlungstages stimmte der Parteitag zunächst einer Sympathieklärung für die kämpfenden Arbeiter in Schweden zu. Dann gab Landtagsabgeordneter Dr. Orb ein Bild der Tätigkeit der Landtagsfraktion und präsentierte deren Stellung zum neuen Wahlgesetz. Dieses sei derart mit Kantaten belastet, daß es für die Fraktion in seiner jetzigen Fassung unannehbar sei. Nach kurzer Debatte stimmte der Parteitag einer Resolution zu, die sich mit der Haltung der Fraktion einverstanden erklärt.

Über die Verwaltung und Gemeindesteuerreform wurde die Fraktion alles versucht, auf daß die geplante Entlastung des Bürgers befehlte und die Verlastung der Arbeiterkonsumvereine abgelehnt werde. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten ausführlich ergänzt und dann eine Resolution angenommen, die gegen das behördliche Wahlrecht bei den Wahlen der Bürgermeister und Beigeordneten protestiert.

Zur Landarbeiterfrage wurde nach einem Referat des Genossen Busold-Friedberg eine Resolution angenommen, in der die Genossen verpflichtet werden, die Landarbeiterorganisation nach Kräften zu unterstützen.

Naab-Pfungstadt sprach dann über den Parteitag in Leipzig. Er begründet einleitend eine Resolution, die den Wunsch ausdrückt, daß der Parteitag alle Anstellnaberzeugungen persönlicher Art über die in der Partei vorhandene Meinungsverschiedenheiten vermieden wird. Rechter plädierte dann für die Arbeitsruhe am 1. Mai und polemisierte gegen eine Resolution von Dr. Quessel, Dr. David, Adelung und andre Genossen, die die Aufhebung der Arbeitsruhe am 1. Mai verlangt. Zum Organisationsentwurf machte Naab einige Abänderungsvorschläge. Die Debatte drehte sich in der Hauptfrage nur um die Maifeier.

Bei der Abstimmung wird zur Maifeierfrage folgende Resolution angenommen:

Die Landeskonferenz erachtet nach wie vor in der allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai die wichtigste Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Forderungen des Sozialismus. Die Konferenz erwartet daher, daß der Parteitag in Leipzig an der Maifeier in der feierlichen Weise festhalten wird.

Damit ist die Resolution Quessel abgelehnt. Die oben erwähnte Resolution Naab, die persönliche Auseinandersetzungen auf dem Parteitag vermieden haben will, wurde ebenfalls angenommen.

Das alte Landeskantariat wurde wieder gewählt.

Eingelaufene Schriften.

Bildungsarbeit. Blätter für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Erscheint acht bis zehnmal jährlich. Verlag, Wien VI., Mariahilferstraße 80 A. Jahrespreis bei direktem Bezug vom Verlag 2 Kr. (M.). Im Buchhandel 3 Kr. Die erste Nummer auf Verlangen gratis. — Die neue Zeitschrift der Wiener Arbeiterorganisationen steht in den Dienst des Arbeiterbildungswesens. Die Bildungsarbeit hat sich die Aufgabe gestellt, allen Genossen an die Hand zu gehen, die lernen wollen, und sagt ihnen, wie sie lernen sollen. Die erste Nummer der Zeitschrift liegt jetzt vor.

Soziale Rundschau.

Reformprogramm für den Allgemeinen Knappshäuserverein Bochum.

Eine am Sonntag in Bochum abgehaltene Konferenz der dem Bergarbeiterverband angehörenden Kreistellen des Allgemeinen Knappshäuservereins Bochum, der weit über 800 000 Besucher im Jahr umfaßt, beschäftigte sich mit der Aufstellung eines neuen Reformprogramms. Außer den alten Forderungen der Arbeitgeberseite, die bei der Fassung des Kompromißstatutes von 1. Juli 1908 infolge der Halbstimmigkeit der Belegschaften nicht durchgesetzt werden konnten, wurden eine Reihe neuer Forderungen aufgestellt, die mehr ihre Entstehung der rigorosen und unmißlichen Auslegung des neuen Statuts verdanken. So z. B. die Auslegung der Bestimmungen über die Wahl der Kreistellen, vermöge derer es den Belegschaften ein Recht ist, unliebsame Kreistellen falt zu stellen, ohne eine Neuwahl vornehmen lassen zu müssen, und die Auslegung der Bestimmungen über die Bebringung von Gehaltsbelohnungen noch mehr den dreimonatiger Unterbrechung der Bergarbeit.

Die wesentlichsten Punkte des neuen Reformprogramms sind: a) bei der Krankenfalle: Erhöhung des Krankengeldes auf ½ des Lohnes. Freie Arztwahl innerhalb eines Umkreises von 10 Kilometern. Aufhebung des Zwanges für die invaliden Mitglieder, sich von der Krankenversicherungspflicht befreien zu lassen, bevor es einem Bergwerk als Invaliden beschäftigt werden. Unentgeltlichkeit der diversen Gesundheitsstellen, die bei Anlegung resp. Wiederanlegung verlangt werden. Freie ärztliche Behandlung und Heilmittel für Frau und Kind unter-

reicht es in Hegen und streut die Hegen umher, dem Polen einen und dem Schweden einen. Wenn Ihr Pommern habt, so habt Ihr auch mich: doch ward Euch die Macht nicht, ganz Pommern zu gewinnen, so habt Ihr auch das Recht nicht, ein einziges pommersches Dorf wider seinen Willen zu Euch zu zwingen.“

„Herr Pfarrer,“ rief hier der Gesandte schnell und mit Feuer, „kommt mit mir nach Berlin; Ihr sollt den Herrn Kurfürsten sehen in eigener Unterredung. Und wenn es wenige Minuten wären: mein Wort zum Pfande, Ihr werdet von ihm gehen mit dem festen Wissen: dieser Kurfürst läßt Pommern nicht mehr, auch nicht ein winziges Stückchen, auch nicht ein Inselschen und nicht einen Sandstreif! Gehet hin und Ihr werdet glauben. Pommern bleibt ungeteilt vereint mit Brandenburg vereinigt.“

„Noch ist es geteilt,“ versetzte der Prediger ruhig und fest, „und also bleibt auch ich so lange getrennt in meinem eigenen Pommern.“

„Ew. Hochwürden ist ein ausblinder Querkopf,“ rief Herr von Luchtemar ein klein wenig erhöht von seinem Altenheimer Wein, „und ich muß es aufgeben, Euch zu überreden. Wie aber? Was meint Ihr, wenn Brandenburg und Polen sich verbinden möchten, Euch auszutauschen mit gemeinsamen Kräften?“

„Der Kurfürst von Brandenburg und ich, wir beide weichen der Gewalt, doch ihr allein,“ sagte Barnim Kießow, „Ihr aber könnet mit wohl etwas nehmen, wenn es Euer Wille ist, doch gewinnen könnet Ihr hier nichts mit aller Eurer Gewalt, als ein wenig Streusand für Eure Staatsräte und Alten.“

Herr von Luchtemar machte jetzt nur noch mattes Vorbrüche, ihn umzustimmen, indem er noch eine leise Hoffnung auf die sittige Kraft des Weines setzte, dessen dieser Pommere gewiß nicht gewohnt sein konnte. Allein der Mann blieb fest gegen Diplomatie und Rheinwein. (Kort, Isolat.)